

KOMMENTAR

Die Gerichte sind für alle gleich...

An der Stirnwand jedes italienischen Gerichtssaals prangt in grossen Lettern der schöne Satz: «La legge è uguale per tutti – das Gesetz ist für alle gleich.» Gemeint ist natürlich, dass vor dem Gesetz alle, auch die Grössten und Mächtigsten im Lande, gleich sind. Nun, der erste, äusserst kurze Prozesstag gegen Silvio Berlusconi im Fall Ruby hat bestätigt, dass auch für ihn, wenn nicht immer die Gesetze, so doch die notorisch langen Justizverfahren und Gerichtspraktiken gleich (lang) sind wie für alle anderen Italiener auch...

Die italienische Justiz ist mit ihrer auch für Italiener völlig unverständlichen, teilweise aus römischer Zeit stammenden Formelsprache, den ewig dauernden Prozessen und endlosen Expertisen und Gegenexpertisen schon längst zu einem der grössten Ärgernisse des Landes geworden. Keiner hat in den vergangenen Jahren mehr dagegen geklagt als der Ministerpräsident. Seine politischen Gegner haben hinter seinem Wehklagen über die unheilbare Ineffizienz der Justiz und die langen Prozesse einen Versuch gesehen, sich der Justiz zu entziehen. Paradoxerweise hat jetzt aber Berlusconi als bekanntester Angeklagte und zugleich bekanntester Ankläger der Justiz des Landes selber davon profitiert. Schon nach wenigen Minuten ist auch der neuste Prozess gegen ihn verschoben worden – vorerst auf den 31. Mai, aber wahrscheinlich auf den St.-Nimmersleins-Tag.

Klar, das Verhalten von Berlusconi in seinem Privatleben ist unappetitlich, er lebt, prasst und verschwendet in seinen Römer Palästen wie einst Nero. Das moralisierende Ausland scheint dies deutlich mehr zu kümmern als die Italiener. Denn die sind an das Treiben ihrer mächtigsten Männer gewöhnt, seit mehr als 2000 Jahren. Nach wie vor kommen für ihre Mehrheit als oberste Richter für Berlusconi schliesslich nur die Wählerinnen und Wähler an den Urnen in Frage, keinesfalls die linksgerichteten Richter aus den linksgerichteten Universitäten. «Dann sollen sie ihn eben nicht mehr wählen», sagen die meisten auf die entsprechenden Fragen.

In ihren Augen gilt auch das Gleiche für die Anklage gegen Berlusconi wegen Steuerhinterziehung. Tatsächlich: Wollte man dies tun, dann müsste man gleichzeitig das halbe italienische Volk deswegen anklagen. Denn die Gesetze sind für alle – nicht nur für Berlusconi – gleich. Eben. Hansmartin Schmid

LEITARTIKEL

Was Graubünden von Sylt lernen kann

Alpine Horizonte laute der Titel des 21. Tourismusforums Alpenregionen, das von Montag bis Mittwoch in Lech Zürs am Arlberg stattgefunden hat. Rund 200 Führungskräfte aus dem Tourismus und den damit zusammenhängenden Branchen haben sich von über ei-

„
Graubünden ist als Cleantech-Modellregion prädestiniert
„

nem Dutzend Vorträgen von einmal mehr hochkarätigen Referenten inspirieren lassen.

Für den Kanton Graubünden, der am diesjährigen Tourismusgipfeltreffen mit rund drei Dutzend Teilnehmern vertreten war, haben sich vor allem zwei Felder herauskristallisiert, auf denen Handlungsbedarf besteht: Zweitwohnungsbau und Cleantech.

Beim Thema Zweitwohnungsbau wurden die Forumsteilnehmer gleich mit beiden Extremen konfrontiert. Am Tagungsort Lech ist der Kauf von Zweitwohnsitzen verboten, auf der Ferieninsel Sylt hat der überbordende Verkauf von Zweitwohnungen zu einem eigentlichen Kollaps geführt.

Bei einem «Gourmet-Hopping» durch mehrere Lecher Spitzenrestaurants und bei der Unterkunft konnten die Gäste eins zu eins erleben, wie eine funktionierende Hotellerie mit warmen Betten in der Praxis aussehen könnte, wenn dieser wichtigste Tourismus-

zweig nicht von Zweitwohnungen konkurrenziert wird.

Im Vortrag von Petra Reiber, Bürgermeisterin von Deutschlands beliebtester Ferieninsel Sylt, wurde den Schweizer Forumsteilnehmern drastisch vor Augen geführt, was es bedeutet, wenn der Bau von Zweitwohnungen nicht in den Griff bekommen wird.

An Spitzentagen gibt es in den Gasen der zur Gemeinde Sylt fusionierten Ferienorten auf der Frieseninsel

in der Nordsee kaum ein Durchkommen mehr. Wenn im Sommer die Hotels ausgebucht, die Ferienwohnungen vermietet sind und alle Zweitwohnungsbesitzer die Insel belagern, gelangt die Infrastruktur an den Anschlag. An ihre Grenzen stösst dann auch die Wasserversorgung, bezieht doch Sylt sein Trinkwasser aus einer Süsswasserblase, die bei einer Übernutzung durch Vermischung mit Meerwasser ungeniessbar werden

„
Graubünden darf bei Zweitwohnungen nicht warten, bis es wie in Sylt eskaliert
„

könnte. Es ist aber nicht nur die Infrastruktur, die Sylt an die Belastungsgrenzen bringt, für die einheimische Bevölkerung macht insbesondere die Entwicklung auf dem Immobilienmarkt die Insel zuneh-

mend unbewohnbar, weil bezahlbarer Wohnraum fehlt. Allein in den letzten fünf Jahren sind die Immobilienpreise um 50 Prozent gestiegen. Das hat unter anderem dazu geführt, dass es heute täglich

4000 Pendler gibt, die in günstigeren Gegenden wohnen.

Nun hat Sylt die Notbremse gezogen. Der Verkauf von Zweitwohnungen soll massiv eingeschränkt und der soziale Wohnungsbau für Einheimische stark gefördert

werden. Ein starkes Zeichen setzt Sylt auch mit der Klimaschutzinitiative. Ein zentrales Element ist dabei die Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen. Dabei setzt Sylt nicht etwa auf den von Windparks im Meer vor der eigenen Küste produzierten Strom, sondern auf Schweizer Wasserkraft(!). Weil der Schweizer Strom vier Rappen pro Kilowattstunde günstiger ist, hat Sylt einen mehrjährigen Bezugsvertrag mit einem Unternehmen in der Romandie abgeschlossen. Mit der Förderung von Elektrofahrzeugen, Solartankstellen, LED-Beleuchtungen und weiteren Klimaschutzinitiativen macht Sylt ernst mit sauberer Technik – Cleantech eben.

Damit ist der Bogen zu Graubünden gespannt. Nicht nur im Zweitwohnungsbau muss Graubünden handeln, bevor die Situation derart eskaliert wie auf der Ferieninsel Sylt, auch in Sachen Cleantech könnte Graubünden sich Sylt zum Vorbild nehmen. Bundesrätin Doris Leuthard

hat im Oktober einen Cleantech-Masterplan für die Schweiz angekündigt. Der Bundesrat setzt damit ein klares Zeichen, dass die Schweiz im Cleantech-Bereich international eine Vorreiterrolle übernehmen soll. Vision und Ziele sind ambitionös.

In diesem Umfeld wäre Graubünden als Cleantech-Modellregion geradezu prädestiniert. Einerseits könnte der Tourismuskanton als Vorzeigedestination im Umweltbereich positioniert werden, andererseits könnte «saubere Technik» neue Arbeitsplätze nach Graubünden bringen, die

„
Vielleicht wird aus dem 'Schuh Bioenergie' bald ein grüner Fussabdruck
„

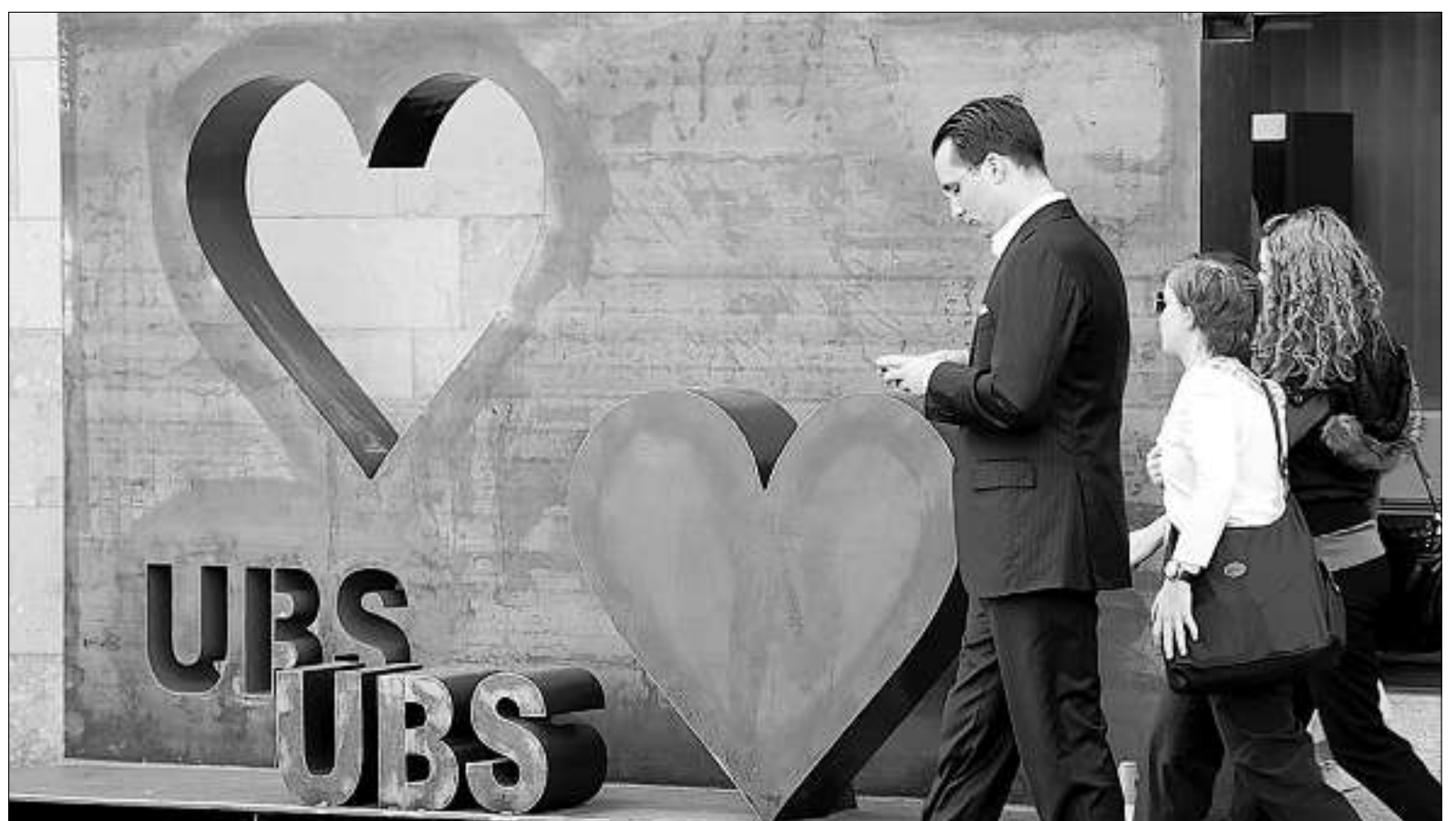
eine im wahrsten Sinn nachhaltige Entwicklung sicherstellen könnte. Der Bereich Cleantech hat gerade auch für Randregionen grosses Potenzial, dieses gilt es zu nutzen.

Die Vision des nationalen Masterplans ist es, dass der Ressourcenverbrauch in der Schweiz auf ein naturverträgliches Mass reduziert wird, den sogenannten «Fussabdruck eins». Damit hat der Titel «ein Schuh Bioenergie» der gestrigen BT-Berichterstattung über das Tourismusforum allerdings nichts zu tun. Wer weiss, vielleicht führt der eigentlich gemeinte «Schuh Bioenergie» aber tatsächlich zu einem grünen Schuh- resp. Fussabdruck.



Norbert Waser

Momentaufnahme



Unerwünschte Kunst

Die Skulptur des Künstlers Jean Stutz vor dem Hauptsitz der UBS am Zürcher Paradeplatz. Stutz stellte die tonnenschwere «Liebeserklärung» an die UBS ohne Bewilligung hin. Die Zürcher Stadtpolizei stellt dem Künstler nun ein Ultimatum zum Entfernen der Objekte. (Ky)

Bündner Tagblatt

Herausgeberin: Südostschweiz Presse und Print AG.
Verleger: Hanspeter Lebrument, CEO: Andrea Masüger.

Redaktionsleitung: Christian Buxhofer (Chefredaktor, cb), Norbert Waser (Stv. Chefredaktor, nw), Susanne Taverna (Produktionschefin, na).

Redaktion: Gieri Dermont (Aussenredaktion Surselva, de), Denise Erni (dni), Ariane Heyne (hey), Silvia Kessler (ke), Sabine-Claudia Nold (nol), Julian Reich (jul, Leitung Ressort Kultur), Thomas Spinas (ts), Claudio Willi (Wi). Redaktion Sport: René Weber (Leitung, rw), Hansruedi Camenisch (Stv., ca), Kristian Kapp (kk), Johannes Kaufmann (jok), Jürg Sigel (js).

Redaktionelle Mitarbeiter: Dragica Blagojevic (Beilagenredaktion), Sabrina Bundi (Aussenredaktion Surselva, bun), Juscha Casaulta (jc), Flurina Maurer (fm), Cornelius Raeber (Beilagenredaktion), Jonas Schneeberger (jos), Verena Zimmermann (ziv).

Redaktionsadressen: Bündner Tagblatt, Commercialstrasse 22, 7007 Chur, Telefon 081 255 50 50, Fax 081 255 51 23, E-Mail: redaktion-bt@suedostschweiz.ch.

Verlag
Südostschweiz Presse und Print AG, Kasernenstrasse 1, 7007 Chur, Tel. 081 255 50 50, Fax 081 255 51 10, E-Mail: cmoser@suedostschweiz.ch.

Abo- und Zustellservice: Tel. 0844 226 226, E-Mail: abo@suedostschweiz.ch.

Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen i.S.v. Art. 322 StGB: Südostschweiz Radio AG, Südostschweiz TV AG, Südostschweiz Emotion AG, Südostschweiz Pressevertrieb AG, Südostschweiz Partner AG, ergo use swiss ag.

Anzeigen
Südostschweiz Publicitas AG, Commercialstrasse 20, 7007 Chur, Telefon 081 255 58 58, Fax 081 255 58 59. Weitere Verkaufsstellen in Arosa, Disentis, Ilanz, Lenzerheide und Thusis.

Erscheint sechsmal wöchentlich
Reichweite «Die Südostschweiz»:
124 760 Exemplare (WEMF/SW-beglaubigt),
235 000 Leser (WEMF/SW-beglaubigt).

Die irgendwie geartete Verwertung von in diesem Titel abgedruckten Inseraten oder Teilen davon, insbesondere durch Einspeisung in einen Online-Dienst, durch dazu nicht autorisierte Dritte, ist untersagt. Jeder Verstoß wird von der Werbegesellschaft nach Rücksprache mit dem Verlag gerichtlich verfolgt.